

Hurter: «Schaffhausen wird abgekoppelt»

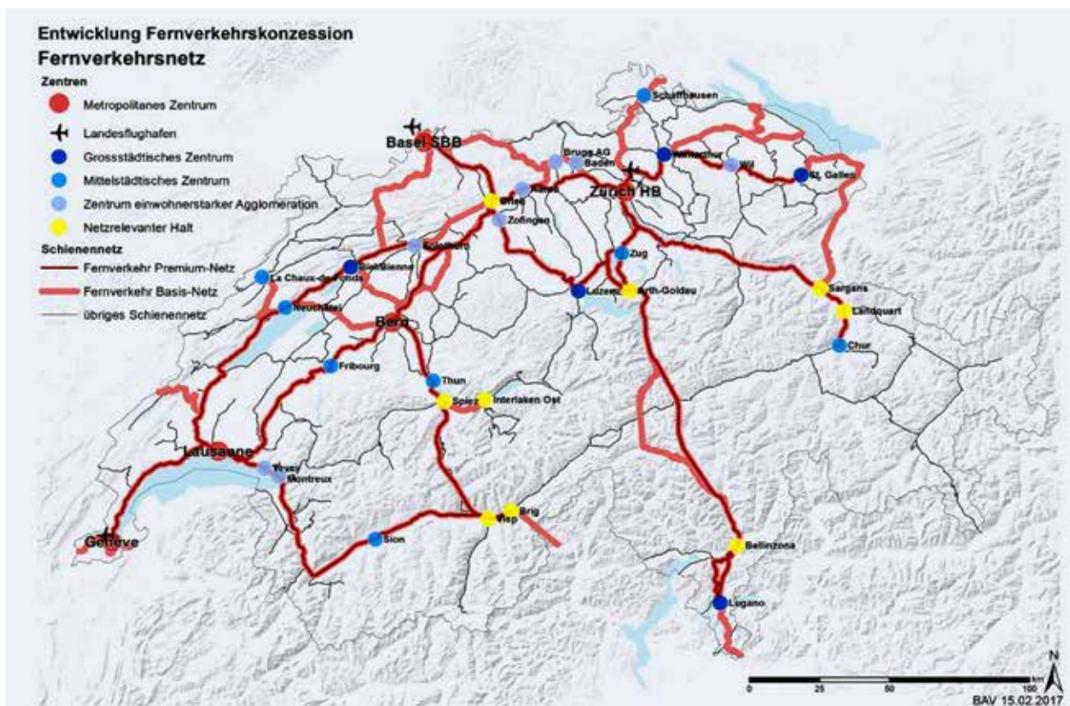
Das Fernverkehrsnetz der Bahn soll neu definiert werden. Nationalrat Thomas Hurter befürchtet, dass dies für die Region Schaffhausen eine Verschlechterung bringt.

VON SIDONIA KÜPPER

SCHAFFHAUSEN/BERN Noch sind die Pläne schwammig: Eine «Wegleitung» soll das Schweizer Fernverkehrsnetz definieren und Qualitätskriterien festlegen. Am Dienstag ist eine «informelle Konsultation» zu Ende gegangen. Damit wollte das Bundesamt für Verkehr (BAV) den Kantonen ein erstes Mal den Puls fühlen und prüfen, wie dieses Vorhaben ankommt. Es wurde aber keine offizielle Vernehmlassung durchgeführt. Dennoch könnten es die Pläne in sich haben, insbesondere für die Region Schaffhausen, davon ist Nationalrat Thomas Hurter (SVP) überzeugt: «Die Region Schaffhausen wird abgekoppelt», sagte er den SN. Deshalb hat er gestern in Bern eine Interpellation eingereicht.

Die neue Wegleitung sieht eine Priorisierung der Fernverkehrsstrecken vor. Neu soll eine Unterteilung in ein Fernverkehrs-Basisnetz und ein Fernverkehrs-Premiumnetz (vgl. Grafik, dunkelrot gekennzeichnet) eingeführt werden. Dabei gilt: «Das Premiumnetz weist qualitativ einen einheitlichen und höheren Standard auf als das Basisnetz.»

Das in der Wegleitung geplante Streckennetz zeigt, dass die Linie Zürich-Schaffhausen nicht zu diesem Premiumnetz gehören wird (vgl. Grafik). Für Hurter ein Fehler: «Unser ganzes Netz nach Stuttgart wird degradiert, dabei ist der Wirtschaftsraum Baden-Württemberg einer der am stärksten wachsenden.» Schon heute sei das Rollmaterial zwischen Zürich und Schaffhausen nicht adäquat. Und auch auf der Strasse sei die Verbindung Zürich-Schaffhausen-Stuttgart nicht befriedigend. Der Norden der Schweiz kenne nur das Gate Basel, obwohl der Wirtschaftsraum Stuttgart



So könnte die Aufteilung des Fernverkehrs-Bahnnetzes einst aussehen. Schaffhausen-Zürich wäre ein Basisnetz. Karte BAV

über Nordosten erschlossen sein sollte. Es gehe hier um viel mehr als nur um Regionalanliegen. Zumal auch die SBB für diese Strecke höhere Ziele hätten.

Zum laufenden politischen Verfahren nehmen die SBB keine Stellung. Mediensprecher Reto Schärli bestätigt jedoch, wie bereits früher kommuniziert, dass die SBB auf der Strecke Zürich-Stuttgart einen Angebotsausbau planen: «Wir sehen auf dieser Strecke Potenzial.» Konkret ist für 2019 geplant, den Stundentakt nach Stuttgart einzuführen.

Inwiefern die Einteilung der Strecke zum Basisnetz auf solche Pläne einen Einfluss hätte, ist unklar. Im Grundsatz gilt beim Fernverkehrsnetz, dass es eigenwirtschaftlich betrieben werden muss (vgl. Kasten). Die Linien haben in den letzten Jahren jeweils einen zwei- bis dreistelligen Millionen-gewinn abgeworfen, allerdings sind nicht alle einzelnen Strecken profitabel. Das Thema ist brandaktuell, weil die Konzessionen für fast alle Fernverkehrslinien mit dem Fahrplanwechsel

2017 auslaufen. Die BLS hat angekündigt, sich um drei Strecken zu bewerben. Die Wegleitung steht indirekt damit im Zusammenhang: «Im Vorfeld der Neuvergabe der Fernverkehrskonzeptionen ging es darum, klare Kriterien festzulegen, was eine Fernverkehrslinie ist und was nicht. Das gab es bis jetzt in dieser Form gar nicht», sagt Gregor Saladin, Mediensprecher des Bundesamts für Verkehr. Zur Hurters Interpellation könne er keine Stellung nehmen: «Das wird der Bundesrat in seiner Antwort tun.»

Kein gutes Haar

Doch Hurter steht mit seiner Kritik nicht alleine da: Auch der Schaffhauser Baudirektor Martin Kessler (FDP) und die Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KÖV) haben sich kritisch geäußert. Die KÖV hält die Aufteilung in ein Basis- und ein Premiumnetz für «politisch heikel» und «terminologisch missglückt», wie sie in ihrer Antwort schreibt. Es sei zu befürchten, dass sich qualitative Unter-

schiede noch verstärken. Überhaupt bleibt von der Wegleitung nicht mehr viel übrig, wenn sich das BAV die Kritikpunkte der KÖV zu Herzen nimmt.

Der Schaffhauser Baudirektor Kessler befürchtet eine «Zweiklassengesellschaft», die dem nationalen Ausgleich abträglich sei, wenn man diese Wegleitung anwende. «Die Linien des Basisnetzes werden als erste unter finanziellen Druck geraten, und das Risiko von Angebotsausdünnungen ist gross», schreibt er. Und: Grenzregionen wie Schaffhausen würden nicht angemessen einbezogen. Für Schaffhausen sei die Fernverkehrsbindung zwischen Stuttgart und Zürich von existenzieller Bedeutung. Zum Schluss gibt Baudirektor Kessler auch noch eine Empfehlung im Hinblick auf den Konzessionsentscheid: «Um den zeitlichen Druck der bereits per 10. Dezember fälligen Konzessionserneuerung SBB zu entschärfen, empfehlen wir, die Konzession um zwei Jahre bis zum Ablauf der restlichen SBB-Fernverkehrskonzeptionen zu verlängern.»

Fernverkehr Neuvergabe der Konzessionen

Eine Betreiberin Der Fernverkehr besteht in der Schweiz aus einem nationalen Netz. Intercity, Eurocity, Interregio und teilweise auch Regioexpress gehören dazu. Die SBB sind seit 2004 einzige Betreiberin. Das Fernverkehrsnetz muss eigenwirtschaftlich betrieben werden – das ist beim Regionalverkehr nicht so. Das Netz warf in den letzten Jahren Gewinne im zwei- bis dreistelligen Millionenbereich ab.

Neue Konzession Die Konzessionen fast aller Fernverkehrslinien laufen zum Fahrplanwechsel 2017 aus. Bis September können Gesuche eingereicht werden. Die Konzessionen werden in der Regel für 10 Jahre erteilt. Die BLS hat angekündigt, dass sie den SBB drei Linien streitig machen will.

Bahn Mehr Geld für den Regionalverkehr

BERN Der regionale Personenverkehr erhält in den nächsten vier Jahren mehr Bundesgelder als vorgesehen. Nach dem Ständerat hat sich gestern auch der Nationalrat für eine Aufstockung der Mittel ausgesprochen. Der Bundesrat wollte zwischen 2018 und 2021 rund 3,96 Milliarden Franken für regionale Bahn- und Buslinien ausgeben (+2%). Die Räte beschlossen nun im Sinne der Kantone und der Bahnunternehmen, den Verpflichtungskredit auf 4,1 Milliarden Franken zu erhöhen. Die Befürworter der Aufstockung von CVP, BDP, SP und Grünen hoben die Bedeutung des regionalen Personenverkehrs hervor. Die Nachfrage steige jährlich um vier bis fünf Prozent. Die Gegner von SVP, FDP und GLP wiesen auf die Lage der Bundesfinanzen hin. Zusätzliche Ausgaben könne sich der Bund nicht leisten. Der Rat sprach sich mit 98 zu 92 Stimmen bei einer Enthaltung dafür aus. (sda)

Gentechnik: Näher an Einigung heran

BERN Beim Gentechnikgesetz ist eine Einigung in Reichweite. Der Nationalrat hat gestern in zwei Punkten nachgegeben. Mit 98 zu 88 Stimmen sprach er sich für die Einführung eines Umweltmonitorings über mögliche Auswirkungen von gentechnisch veränderten Organismen aus.

Ein solches Monitoring stärke das Vertrauen in die Schweizer Landwirtschaft, sagte SP-Sprecherin Martina Munz (SH). Eine Minderheit sah dafür keine Notwendigkeit. Da es keine neue Anwendung gebe, brauche es auch keine neue Überwachung, sagte Christian Wasserfallen (FDP/BE).

Einverstanden ist der Nationalrat ferner damit, detaillierte Verwaltungsmassnahmen bei Widerhandlungen gegen das Gentechnikgesetz ins Gesetz zu schreiben. Umstritten bleiben hingegen die Bestimmungen zur Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen in der Forschung.

Geht es nach dem Nationalrat, sollen wie bisher keine Organismen mit gentechnisch eingebrachten Resistenzgenen freigesetzt werden dürfen. Die Forschung habe heute andere Möglichkeiten, sagte Isabelle Chevalley (GLP/VD). Es bestehe das Risiko, dass die Resistenzgene in die Umwelt gelangen. Munz warnte vor einer «fahrlässigen» Aufhebung des Verbots. Das würde der Strategie Antibiotikaresistenzen des Bundesrats diametral zuwiderlaufen. (sda)

Politiker befürchten Imageproblem für den Nachrichtendienst

Der Nachrichtendienst des Bundes macht im Zusammenhang mit der Festnahme eines angeblichen Schweizer Spions nicht zum ersten Mal Negativschlagzeilen. Sicherheitspolitiker sorgen sich deshalb um seinen Ruf.

BERN Die Festnahme eines mutmasslichen Schweizer Spions gab im Bundeshaus auch gestern zu reden. Der Mann soll für den Nachrichtendienst des Bundes (NDB) im Zuge des schweizerisch-deutschen Steuerstreits Informationen über deutsche Steuerfahnder beschafft haben – und flog auf. Am letzten Freitag wurde er in Frankfurt verhaftet. Die deutsche Generalbundesanwaltschaft verdächtigt ihn, «für den Geheimdienst einer fremden Macht» geschnüffelt zu haben.

Dass der 54-Jährige vom NDB eingesetzt worden ist, hat Corina Eichenberger (FDP/AG) unterdessen bestätigt. Sie ist Vizepräsidentin der Geschäftsprüfungsdelegation (GPDel), die für die Aufsicht des Geheimdienstes zuständig ist. Man habe sich vor fünf Jahren, als die Schweiz als

Schwarzgeldoase unter grossem Druck gestanden habe, mit dem Fall beschäftigt, sagte sie. Eichenberger zufolge wurde der Mann in der Spionageabwehr eingesetzt. Sein Auftrag sei es gewesen, herauszufinden, wer hinter dem Erwerb von Daten-CDs gestanden habe. Damals ist laut Eichenberger rechtlich alles korrekt abgelaufen.

Schweizer Sicherheitspolitiker befürchten, dass die Affäre für den Nachrichtendienst Folgen haben könnte. Denn er macht nicht zum ersten Mal Negativschlagzeilen. 2012 entwendete ein Informatiker des NDB geheime Daten im grossen Stil und versuchte später, diese zu verkaufen. Allerdings scheiterte das Unterfangen. Beat Flach, Aargauer GLP-Nationalrat und Mitglied der Sicherheitskommission, kann sich vorstellen, dass der jüngste Vorfall den Ruf des Nachrichtendienstes beschädigt. «Es kann vor dem Hintergrund des Datendiebstahls von 2012 und der aktuellen, kleineren Geschichte sein, dass man bei anderen Geheimdiensten an der Vertrauenswürdigkeit und Zuverlässigkeit der Schweizer zweifelt. Und sich dann fragt, wo die Zusammenarbeit noch Sinn macht», sagt Flach, der sich angesichts der Spionageaffäre darüber wundert, wie der NDB seine Ressourcen einsetzt. «Ich verstehe den Auftrag nicht. Die Schweiz hat einen kleinen Ge-

Medien 90000 Euro für Platzieren einer Quelle

ZÜRICH Der in Deutschland verhaftete Schweizer Spion soll für das Platzieren einer Quelle in der Finanzverwaltung von Nordrhein-Westfalen 90000 Euro vom Schweizer Nachrichtendienst erhalten haben, zwei Tranchen à 30000 Euro seien ihm bereits ausbezahlt worden. Das zumindest wirft die deutsche Justiz ihm vor. Gestern Abend zitierten «Tages-Anzeiger» und «Blick» auf ihren Onlineportalen aus dem Haftbefehl. Der «Tagi» stellte Auszüge des Dokumentes ins Netz. Demnach habe die Quelle – deren Identität nicht bekannt sei – Informationen über das Vorgehen und diejenigen Beamten liefern sollen, die mit dem Ankauf von Steuerdaten-CDs befasst waren. Darüber hinaus habe der Festgenommene über eine längere Zeit monatlich 3000 Euro ausbezahlt bekommen. Die deutsche Justiz stützt sich offenbar auf Angaben, welche der Spion in der Schweiz gemacht hatte, als er 2015 ins Visier der Justiz geraten war. Wie die Vernehmungsprotokolle nach Bern geraten sind, ist unklar. (r.)

heimdienst und muss ihre Mittel effizient einsetzen.» (dow/sda)

Journal

Nationalrat verschont Bund mit höheren Asylkosten

BERN Der Bund muss nicht zehn Jahre lang für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene zahlen. Der Nationalrat hat gestern eine Motion aus dem Ständerat abgelehnt. Der Vorstoss ist damit vom Tisch. Heute zahlt der Bund während fünf Jahren für anerkannte Flüchtlinge und während sieben Jahren für vorläufig Aufgenommene. Er überweist den Kantonen jedes Jahr Pauschalen im Umfang von mehr als einer Milliarde Franken. Nach dem Willen des Ständerates hätte er künftig während zehn Jahren die vollen Kosten tragen sollen, was zu Mehrausgaben von 400 bis 500 Millionen Franken geführt hätte.

«Rundschau» reagiert auf Vorwurf von Bundesgericht

ZÜRICH Die «Rundschau» des Schweizer Fernsehens SRF hat gestern den von Bundesgericht und Medien erhobenen Vorwurf der Manipulation zurückgewiesen. Die Redaktion hatte im Fall des Urner Barbetreibers, der einen Auftragskiller auf seine Frau angesetzt haben soll, geschwärzte Unterlagen an die Ermittlungsbehörden herausgegeben. Die Redaktion des SRF-Politmagazins reagierte am Schluss der Sendung von gestern mit einer kurzen Stellungnahme. Zudem hatte der Sender zuvor bereits gegenüber mehreren Medien Kritik im Umgang mit dem prominenten Gerichtsfall zurückgewiesen.